

## 18. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### des Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD)

vom 19. Dezember 2016 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2017) und **Antwort**

#### Ergebnisse des Vergleichstests der Drittklässler/innen (VERA 3) in den Bezirken 2016

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler der dritten Jahrgangsstufe haben in Berlin insgesamt und jeweils in den Bezirken im Jahr 2016 an VERA 3 teilgenommen (Darstellung bitte nach Jahr, Bezirken, Geschlecht sowie deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache)?

2. Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler erreichten bei VERA 3 im Bereich Lesen jeweils im Jahr 2016 die Kompetenzstufe I (Unter Mindeststandard), II (Mindeststandard), III (Regelstandard), IV (Regelstandard Plus) und V (Optimalstandard – Darstellung bitte nach Jahr, Bezirken, Geschlecht, deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache sowie absolut und prozentual)?

3. Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler erreichten bei VERA 3 im Bereich Rechtschreiben jeweils im Jahr 2016 die Kompetenzstufe I, II, III, IV und V (Darstellung bitte nach Jahr, Bezirken, Geschlecht, deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache sowie absolut und prozentual)?

4. Wie viele dieser Schülerinnen und Schüler erreichten bei VERA 3 im Bereich Mathematik jeweils im Jahr 2016 die Kompetenzstufe I, II, III, IV und V (Darstellung bitte nach Jahr, Bezirken, Geschlecht, deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache sowie absolut und prozentual)?

5. Wie bewertet der Senat die Entwicklung der Ergebnisse der Drittklässler/innen bei VERA 3 im Jahr 2016 und welche Ursachen sieht der Senat hierfür?

Zu 1. bis 5.: Der Bericht zu den Vergleichsarbeiten der Drittklässlerinnen und Drittklässler (VERA 3) im Schuljahr 2015/2016 wird voraussichtlich im Laufe des Februars 2017 vom Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e.V. (ISQ) veröffentlicht werden.

Berlin, den 23. Januar 2017

In Vertretung

Mark Rackles  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Jan. 2017)